

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

30.4.1927 (No. 100)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Klassenabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerverhaltung, zwangsweiser Vertreibung, und Konturverfahren fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unersungte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaft — Thoratio!

Zur Eröffnung der Genfer Weltwirtschaftskonferenz.
Von Dr. Klaus Buschmann, Berlin.

Der durch den Weltkrieg verursachte Zusammenbruch von großen politischen Gebietseinheiten in Europa war ein schwerer Schlag für den internationalen Handel, ganz besonders für die Wirtschaft des europäischen Kontinents selbst. Nur zu bald zeigten sich hier die schärfsten Kräfte: Enge des Kapitalmarktes, Kreditrestringtionen, Exportschwierigkeiten infolge der Marktzersplitterung und der Zollsperrungen, Arbeitslosigkeit, Tiefstand des Konjunks, u. a. m. Das gegenseitige Vertrauen auf dem alle Verkehrswege beruht, war verloren gegangen, es entstand ein wirtschaftlicher Krieg aller gegen alle. Wohl verkündete jeder Staat der Welt seine wirtschaftsfriedlichen Absichten, betonte aber gleichzeitig, er könne auf Zollschutz nicht verzichten, solange die anderen nicht ein gleiches täten. Und da niemand den Anfang zu machen wagte, verharrten alle im Protektionismus. In wechselseitiger Steigerung eskalierte man Kampfzölle, Ein- und Ausfuhrverbote usw., bis dann schließlich die zunehmenden wirtschaftlichen Nöte langsam, aber doch immer mehr die Überzeugung durchdringen ließen, daß es so nicht weitergehen kann, daß die Wiederaufnahme und die Festigung gegenseitigen Zusammenwirkens unerlässlich sind, um in der Weltwirtschaft zu einer Überwindung der Schäden, zu einem Ausgleich der Stoffe und Kräfte zu gelangen.

Einige Schritte ist sich die Welt denn auch schon nähergekommen. Das zeigte nicht zuletzt das im Oktober v. J. von 181 prominenten Bankdirektoren und Industrieführern aus 16 Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika, veröffentlichte Internationale Wirtschaftsmanifest, das mit allem Nachdruck den Völkern ins Bewußtsein rief, daß der Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozeß, daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind, und daß ihr Wohlstand eine Bedingung für unser eigenes Wohlergehen ist. Dasselbe zeigten in der neuesten Zeit das deutsch-französische Kartell-Abkommen, das Zustandekommen des Internationalen Schienenkartells, des Glühlampentratats, des Westeuropäischen Stahlkartells; dann die vorjährige Tagung der 1919 in Paris gegründeten Internationalen Handelskammer, der seit 1925 auch Deutschland angehört, ferner die Londoner Besprechungen deutscher und englischer Industrieller im November v. J. und vor allem die Tagungen zur Vorbereitung der jetzt am 4. Mai in Genf zusammen tretenden Weltwirtschaftskonferenz. Der Plan dieser Konferenz geht auf den ehemaligen französischen Handelsminister Loucheur, den Delegierten Frankreichs zum Völkerbund zurück. Er regte sie im Völkerbund an, und dieser beschloß daraufhin im September 1925 deren Einberufung, indem er ihr zugleich folgende Aufgaben stellte: 1. Weitgehender Abbau der internationalen Zölle, der noch bestehenden Ein- und Ausfuhrverbote und sonstiger Verkehrsbehindernisse, Pafschwierigkeiten usw.; 2. Stabilisierung der europäischen Währungen; 3. internationale Regelung der Produktion von Rohstoffen, insbesondere von Eisen, Stahl und Kohle, aber auch von Halbfabrikaten durch horizontale Organisationen.

Schon im Mai v. J. trat der Vorbereitende Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz in Genf zusammen und stellte ein Programm auf. In den Tagen vom 15. bis 19. November wurde dann dieses Programm schärfer umrissen und klarer bestimmt. Es gliedert sich in drei Teile: in einen allgemeinen Teil, in einen Teil über Handel und Industrie und in einen Teil über Landwirtschaft. Die Fragen der Handels- und Zollpolitik stehen dabei im Vordergrund. Jedes Völkerbundmitglied und jeder andere Staat, der eine Bedeutung im internationalen Wirtschaftsleben hat, darf fünf Sachverständige ernennen, die aber nicht amtliche Regierungsdelegierte sein sollen. Auch ist die Konferenz nicht als ein einmaliges Ereignis gedacht, sondern nur als einzelne Phase einer zusammenhängenden Arbeit. Bindende Beschlüsse und Abkommen zwischen den einzelnen Staaten kann sie nicht zeitigen, sondern nur nichtamtliche Empfehlungen. Ihr Hauptziel wird daher sein: Klärung und Aufklärung hinsichtlich der verschiedensten Wirtschaftsprobleme, und vor allem, der öffentlichen Meinung zu der Erkenntnis zu verhelfen, daß ein Freieinander der wirtschaftlichen Kräfte mehr Vorteile bietet als ein Gegeneinander. Deutschland und Frankreich sind an der Konferenz am meisten interessiert, von den großen Wirtschaftsgruppen überhaupt der europäischen Kontinent. Wird doch die kontinental-europäische

Wirtschaft zweifellos den Hauptverhandlungsgegenstand bilden, und deshalb haben England, Rußland, die britischen Dominien, die Ver. Staaten, Südamerika und Japan mehr oder weniger nur Spezialinteressen an der Konferenz.

Eine überfüllte wirtschaftlichen Materials in Form von Denkschriften und Berichten der einzelnen Staaten und ihrer Wirtschaftsverbände — bisher sind 45 Bände erschienen — ist als Vorbereitung zur Beurteilung der Produktions- und Konsumtionsgrundlagen für Genf zusammengetragen worden. Hierbei fallen die starken Abweichungen der statistischen Aufstellungen voneinander auf, weil eben die Ausgangspunkte der Materialbearbeitung nicht übereinstimmen und die technischen Maßstäbe zu verschiedenartig sind. Zimmerlin hofft man, unter voller Berücksichtigung aller sachlichen und persönlichen Widerstände, wie Loucheur meint, der Aufstellung eines einheitlichen internationalen Zolltarif- und Handelsvertragsystems näherzukommen. Ferner glaubt man, durch eingehende Behandlung der Internationalen Kartellierung eine gruppenweise Zusammenfassung der europäischen Wirtschaft fördern zu können, um so einmal durch angenäherte Aufteilung der Weltmärkte und Festlegung der Industrieanteile der einzelnen Länder der Erwerbslosigkeit besser zu begegnen, und zum andern, wie es Prof. Widersfeld in seinem deutschen Gutachten über die Kartelle näher darlegt, den Zollschutz für die kartellierten Industrieerzeugnisse sowohl in den Liefer- wie in den Empfangsländern von innen heraus überflüssig zu machen. Der Wettbewerb der einzelnen Länder dürfte allerdings einen Ausgleich der Interessen sehr erschweren. Zu bedauern ist, daß eine theoretische Besprechung der Finanzprobleme, der finanzpolitischen Zusammenarbeit der Staaten, nicht Gegenstand der öffentlichen Behandlung sein wird. Denn die Reparationslasten Deutschlands und die Verschuldung der übrigen Europastaaten untereinander und an die Vereinigten Staaten stellen in Verbindung mit den Steuer- und Stabilisierungsfragen die Hauptursache der europäischen Notlage dar.

Die bisherigen Erörterungen über den Stand der Handelspolitik und ihre Zukunftsmöglichkeiten gipfelten in der Forderung, daß die Weltwirtschaft mit ausreichenden Tarifabreden auch in Zukunft die Grundlage der Welt handelspolitik sein soll und werden möge. Freilich der Gründe, die hier entgegenstehen, sind viele, wie sich aus den im Deutschen Industrie- und Handelsrat bearbeiteten und soeben im Verlag R. Hobbing, Berlin, erschienenen Beiträgen zur Internationalen Wirtschaftskonferenz, betitelt „Handels- und zollpolitische Fragen der Gegenwart“, klar ergibt. — Auf jeden Fall wird man gut tun, keine übertriebenen Erwartungen an die Genfer Beratungen zu knüpfen. Es wird sich dort, so sagt der Reichsoberhand der Deutschen Industrien, nur darum handeln können, grundsätzlich Stellung zu nehmen und Empfehlungen für die praktische Lösung der verschiedenen Probleme zu geben. Gelingt es aber der Internationalen Wirtschaftskonferenz, die Wege zu zeigen, die zu einer Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage und damit zu einer wirtschaftlichen Verständigung führen, so wird sie ihre Aufgabe erfüllt haben.

Dr. Stresemann über Deutschlands Stellung zu China

Reichsaußenminister Dr. Stresemann gab dem amerikanischen Journalisten Cuh ein Interview über Deutschlands Stellung zu China. Darin führte er aus, daß Deutschland, da es auf die sog. ungleichen Verträge verzichtet habe, von den jetzigen Ereignissen in China unmittelbar nicht berührt werde. Die deutsche öffentliche Meinung stehe den legitimen nationalen Forderungen der Chinesen freundlich gegenüber, könne aber andererseits auch die wirtschaftlichen Sorgen der fremden Kaufleute in China verstehen. Man solle das Streben der Chinesen nach einem Übergang zu modernen Lebensformen unterstützen; so würde am besten der gesamten Menschheit gedient. Deutschland sei vollkommen neutral sowohl den kämpfenden chinesischen Parteien gegenüber, wie den Mächten, die sich mit dem chinesischen Problem beschäftigen und werde dabei von der deutschen öffentlichen Meinung unterstützt, wie der freiwillige Verzicht auf Waffenbesetzung nach China seitens unserer Kaufmannschaft und Meeresgeiselt habe. Im übrigen stehe man in Deutschland auf dem Standpunkte, daß ein friedlicher Ausgleich im Interesse aller an China interessierten Nationen gelegen wäre.

Vorläufig keine gesetzliche Auslegung des Artikels 48. Gegenüber den Meldungen, daß demnächst eine gesetzliche Auslegung des Artikels 48 zu erwarten sei, wird in Berlin mitgeteilt, daß im Reichsinnenministerium noch keine Entschlüsse darüber gefaßt seien, und daß auch für die nächste Zeit dies nicht wahrscheinlich sei.

Die Neuregelung der Fernspreckgebühren

Am 1. Mai treten die neuen Bestimmungen für die Regelung der Fernspreckgebühren in Kraft, die in der Öffentlichkeit außerordentlich lebhaft umstritten worden sind. Durch die Gebührenerhöhung soll der Ortsverkehr im Fernspreckwesen derartig verteuert werden, daß der Post daraus eine Mehreinnahme von etwa 50 Millionen Mark zufließt, während die Gebühren im Fern- und Vorort-Fernspreckverkehr in dem gleichen Maße verbilligt werden. Die Post will also, wie Staatssekretär Dr. Feyerabend in der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung“ auseinandersetzt, keinerlei Mehreinnahmen aus dem Fernspreckverkehr herausziehen. Sie will aber für die Fernspreckgespräche eine Reihe von Verbilligungen schaffen, von denen sie glaubt, daß sie eine Minderung der Einnahmen zur Folge haben werden. Es soll z. B. eine neue Fernspreckzone für Gespräche im Umkreis von 50 bis 75 Kilometer mit ermäßigten Gesprächsgebühren geschaffen werden. Ferner wird die Gesprächszählung nach Einzelminuten für alle Ferngespräche über drei Minuten eingeführt, so daß jemand, der etwas länger als drei Minuten spricht, nicht sofort sechs Minuten, sondern unter Umständen nur vier Minuten zu bezahlen braucht. Für Ferngespräche, die zwischen 7 Uhr abends und 8 Uhr morgens geführt werden, sollen die Gebühren auf zwei Drittel der Tagesätze ermäßigt werden. Endlich will die Post auch die Einrichtungsgebühren für Nebenstellen, Nebenapparate, Wecker und dergleichen herabsetzen, sowie verschiedene andere Gebührenermäßigungen im Fernspreckverkehr gewähren.

Zum Ausgleich dieser Verbilligungen, von denen die Post einen Einnahmeausfall von 50 Millionen Mark erwartet, sollen die Kosten des Ortsverkehrs entsprechend erhöht werden. Staatssekretär Dr. Feyerabend ist der Meinung, daß die Ortsgesprächsgebühren für die Teilnehmer mit schwachem Verkehr, die sogenannten Wenigsprecher, unbedingt herabgesetzt werden müßten. Er weist zur Begründung darauf hin, daß im Jahre 1925 168 000 neue Hauptanschlüsse eingerichtet worden seien, von denen der allergrößte Teil nicht einmal die Zahl der Pflichtgespräche erreicht habe. Diese Wenigsprecher hätten der Post nur eine durchschnittliche Einnahme von etwa 7 Mark monatlich gebracht, während die Selbstkosten der Verwaltung für jeden Hauptanschluß sich auf durchschnittlich 17 Mark monatlich belaufen. Die Post befürchtet nun, daß bei Aufrechterhaltung des jetzigen Gebührensystems der Zugang an Teilnehmern mit schwachem Verkehr sich noch erheblich vermehren werde. Durch die veränderte Gebührenerhöhung werden nun die Wenigsprecher sehr erheblich mehr belastet.

Ob diese Mehrbelastung gerechtfertigt und vor allem, ob sie volkswirtschaftlich und auch vom geschäftlichen Standpunkt der Post aus richtig ist, darüber haben in der Öffentlichkeit und auch in den wirtschaftlichen Verbänden in den letzten Wochen zahlreiche Auseinandersetzungen stattgefunden. Da die Entscheidung bereits gefallen ist und die Tarifänderungen am 1. Mai in Kraft treten, so soll auf diese Auseinandersetzungen zwischen der Wirtschaft und der Postverwaltung an dieser Stelle nicht mehr näher eingegangen werden.

Einschränkung in der Krisenfürsorge für Erwerbslose. In einem Teil der Presse wird die Befürchtung ausgesprochen, die Reichsregierung plane einen überflüssigen Abbau der Krisenfürsorge für Erwerbslose. Diese Befürchtung ist, wie von zuständiger Berliner Seite mitgeteilt wird, grundlos. Die Vorschläge, die der Reichsarbeitsminister auf Grund der Ermächtigung, die in dem Gesetz über die Krisenfürsorge enthalten ist, sehen lediglich vor, daß von der Krisenfürsorge bestimmte Berufe ausgeschlossen werden sollen, in denen sich der Arbeitsmarkt günstig entwickelt hat. Die Zahl der Angehörigen dieser beruht acht Prozent der gesamten Krisenunterstützungsberechtigten.

Ministerfahrt in das norddeutsche Hochwassergebiete. Am Freitag unternahmen der Reichsvertehrminister Dr. Koch und der Reichsernährungsminister Dr. Schiele, eine Reise in das Überschwemmungsgebiet der Havel und Elbe. Die Fahrt führte von Rathenow nach Wittenberge u. gab ein anschauliches Bild von den Verwüstungen durch das Hochwasser. Im Kreise Westhavelland hat das Hochwasser der Havel 40 000 Hektar, in der Provinz die Elbe 12 000 Hektar überflutet. Besonders groß ist der Schaden im Gebiete der unteren Havel. Im Mittelpunkt des Interesses stand während der Fahrt die Aussprache über die Regulierung der Havel und Elbe.

Der Tod des früheren Ministers Höffe. Vor dem Disziplinardhof in Berlin war ein Disziplinarverfahren gegen den Gerichtsarzt Dr. Thiele anhängig gemacht, da gegen ihn Vorwürfe bei der Behandlung des ehemaligen Reichspostministers Dr. Höffe im Untersuchungsgefängnis erhoben wurden. Nach mehrtägiger Verhandlung wurde folgendes Urteil ausgesprochen: Der Angeklagte wird wegen Dienstvergehens mit Verletzung in ein anderes Amt vom gleichen Range mit Verringerung des Dienstfeinkommens um 10 Prozent auf die Dauer von 2 Jahren bestraft.

Die Hamburgerische Bürgerchaft gegen die Finanzpolitik des Reiches. Die Hamburger Bürgerchaft nahm eine Entschlieung an, die gegen die Finanzpolitik des Reiches den schärfsten Widerspruch erhebt und die Erwartung ausspricht, daß die Reichsregierung bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleiches zu einem den Ländern gerecht werdenden Ausgleich komme. Insbesondere erblickt die Entschlieung in der Annahme der Viertheueränderung im Reichstage mit einfacher Mehrheit eine Verletzung der Verfassung, da die Änderung des Gesetzes nur mit einer für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit erfolgen dürfte.

Die Regierungsbildung in Österreich. Innerhalb der bisherigen Regierungsparteien finden zurzeit Besprechungen über die künftige Gestaltung des Kabinetts statt. Die offiziellen Verhandlungen wird Bundeskanzler Dr. Seipel im Laufe der nächsten Woche aufnehmen. Der Landbund hat über eine etwaige Beteiligung an der Regierung noch keine Beschlüsse gefaßt.

Politische Neuigkeiten

Dr. Kütz über die deutschen Beamten im Gegenwartsstaat

Bei der Eröffnung der Rheinischen Verwaltungsakademie in Düsseldorf hielt der frühere Reichsminister des Innern Dr. Kütz einen programmatischen Vortrag über das Thema „Der deutsche Beamte im Gegenwartsstaat“. Der Vortragende entwickelte das Verhältnis des Beamten zum Staat, das Problem Beamtentum und Wirtschaft und die Fragen der Beamtenbildung. Das Berufsbeamtentum sei auch im Volkstaat eine Staatsnotwendigkeit. Nicht Abbau des Berufsbeamtentums, sondern Festigung, Modernisierung und Stärkung der Leistungsfähigkeit seien die Forderungen des Gegenwartsstaates hinsichtlich des Beamtentums. Der Persönlichkeitsswert des Beamten sei in erheblichem Umfang durch Art und Maß seiner Vorbildung und seiner Weiterbildung bestimmt. Es sei deswegen dankbar zu begrüßen, daß die Beamtenschaft von sich aus in den Verwaltungsakademien und den Beamtenhochschulen Stätten der Weiterbildung sich geschaffen habe. Das letzte Ziel sei ein in sich gesteigertes und geachtetes Beamtenstandes als lebenswichtiges Glied eines freien und unabhängigen Volkes, als eine starke Säule des Staates, mit dem sie steht und fällt.

Die Frage der Verlängerung der Schutzfrist

Der Ausschuss zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat im Anschluß an eine Vernehmung von Sachverständigen zur Frage einer Verlängerung der Schutzfrist auf 50 Jahre folgende grundsätzliche Entscheidung gefaßt:

„Der Reichswirtschaftsrat kann einer Verlängerung der Schutzfrist auf 50 Jahre nur unter der Bedingung zustimmen, daß die Verlängerung auch tatsächlich in 1. Linie dem Erben der Urheber zugutekommt. Er verlangt innere Regelung des Verlagsrechtes, die es nach Ablauf der 50jährigen Frist jedem Verleger möglich macht, die bis dahin absolut geschützten Werke zu verlegen gegen Zahlung einer Abgabe an die Erben.“

Der Steuerkurszettel für das Jahr 1927

In der Ausgabe des Reichsanzeigers vom Freitag (Nr. 99) erscheint der Steuerkurszettel für den 31. Dezember 1926, der für die Vermögenssteuerveranlagung für das Jahr 1927 maßgebend ist. Gegen die im Steuerkurszettel festgesetzten Steuerkurse kann binnen Ausschlußfrist von einem Monat, also in der Zeit bis spätestens 30. Mai Einspruch eingelegt werden. Der Einspruch ist an den Reichsfinanzminister (nicht an den Reichsrat oder andere Behörden) zu richten. Zur Einlegung des Einspruches sind berechtigt: Eigentümer der Anteile (Aktien usw.), Genußscheine oder Schuldverschreibungen, ferner hinsichtlich der Schuldverschreibungen der Schuldner, endlich hinsichtlich der Anteile auf Genußscheine auch die Unternehmungen selbst, die die Anteile oder Genußscheine ausgegeben haben. Über den Einspruch entscheidet der Reichsfinanzminister mit Zustimmung des Reichsrates endgültig. Die Entscheidung über den Einspruch wird im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Einzelbenachrichtigungen über einen Entscheid werden nicht gegeben.

Der evangel. Landeskirchentag Württembergs zur Konfessionsfrage

Der evangelische Landeskirchentag hat, wie aus Stuttgart gemeldet wird, zur Konfessionsfrage eine Entscheidung angenommen, in der er die bestimmte Erwartung ausdrückt, daß keine Abmachungen mit dem päpstlichen Stuhle getroffen werden, wodurch die evangelischen Belange mittelbar oder unmittelbar beeinträchtigt werden, und daß nichts festgesetzt wird, was geeignet ist, den konfessionellen Frieden zu stören. Kirchenpräsident Dr. v. Metz gab namens der Kirchenleitung eine Erklärung ab, wonach diese die württembergische Staatsregierung bittet, dahin zu wirken, daß die Frage eines Reichskonfessionsrats bald dergestalt ihre Lösung findet, daß der Beirathung des evangelischen Volksteiles ein Ende gemacht wird.

Pajautis begnadigt. Das „B. L.“ meldet aus Kowno: Der Staatspräsident hat den Sergeanten Semaitis, die alle drei vom Feldgericht zum Tode verurteilt worden waren, begnadigt und die Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt.

Badisches Landestheater

Die Entführung aus dem Serail

Kaum eine zweite Oper Mozarts ist so entzückend und inhaltlich doch zugleich so eingängig wie diese. Mit einem gewissen Recht macht man allerdings dem Textdichter Stephanie d. J., der für den kaiserlichen Auftrag die Handlung zu „Belmonte und Constanze“ (1781) verfasste, den Vorwurf, er sei den Komponisten keineswegs ebenbürtig und lasse es bedauerlich sowohl an straffer dramatischer Aufführung wie an scharfer Charakteristik der Personen fehlen. Wir haben uns jedoch daran gewöhnt, daß z. B. die für das Bühnenspieler eigentlich wichtigste Figur, der Selim Bassa, als Sprechrolle allem musikalischen Empfindungsleben weit entfernt bleibt, wir trösten uns mit dem alten Osmin, der dafür eine umso komischere Note erhalten hat, und wir freuen uns auch an den übrigen Rollen, sofern es ihren Darstellern gelingt, die ganze Leichtigkeit und Lockerheit aufzubringen, die für solch harmlos-heiteres Spiel erforderlich ist.

Daher ist „Die Entführung aus dem Serail“ immer wieder in allererster Linie nur aus dem ureigentlichen Gebiet der Oper als absolutes „Spiel“ zu begreifen, d. h. weder Text noch Musik erheben im Grunde realistische Ansprüche. Der Text schon gar nicht, weswegen Otto Kraus vollkommen richtig bei seiner Inszenierung vor allem einen überlegenen Humor herausstellte und sogar eine groteske, ja parodistische Note zuweilen wagen konnte. Etwas problematischer ist die musikalische Seite; denn Mozart hat in seiner Partitur nicht nur buffoartige und seriöse Stilmomente oberflächlich gemischt, sondern ist an den tiefmenschlichen Kern der zugrundeliegenden Ideen herangegangen und hat diesen jedenfalls — er müßte eben nicht Mozart heißen! — in einer Weise herausgeholt, wie es sein Librettist wohl kaum ahnte. Musikalisch ist das alles freilich nur mit Fingerspitzenkunst und delikatester Feinheit zu fassen. Wenn man aber der Reueinstudierung von Generalmusikdirektor Josef Krips gerade solch edle Leichtfüßigkeit nachrühmen kann, so ist ungefähr seiner wunderbar bewingelten Stäbchenführung das Beste nachgesagt und gleichzeitig betont, daß wir getrost eine Fortsetzung und Erfüllung dessen erleben, was uns seinerzeit schon die „Janberläute“ zu versprechen schienen: Kammermusikalische Grazie von differenziertester Exaktheit und gleichwohl von eindringlicher Wärme.

Und wie der Dirigent dem mit überlegener Bereitschaft mitwirkenden Orchester alle Möglichkeiten der Partitur entlockte, so mußte er auch fast durchgängig die Solisten stilistisch zu beeinflussen und der genialen musikalischen Komödie somit ver-

Die heftige Staatsregierung und der Fall Himmelsbach

Zu den Vorwürfen, die die Freiburger Firma Gebr. Himmelsbach gegen das Reich und gegen die Länder Preußen, Bayern und Hessen erhoben hat, wird von Darmstädter unterrichteter Stelle erklärt, daß hier eine durchaus einseitige Polemik mit einer Fülle unrichtiger Behauptungen vorliegt. Gegen den heftigen Staat sei bekanntlich von der Firma Himmelsbach der Vorwurf erhoben worden, er habe sie boykottiert. Nirgends habe ein solcher Boykott stattgefunden. Wichtig sei die Behauptung, daß Bedenken bestanden hätten, der Firma Himmelsbach eine von ihr verlangte Ehrenurkunde in der von ihr gewünschten Form zu erteilen. Dies führte zu heftigen ehrenverletzenden Vorwürfen der Firma gegen die heftige Regierung, welche letztere nötigten, sich einem persönlichen Schriftwechsel mit der Firma auszugeben. Die der Firma Himmelsbach gebotene Gelegenheit zum Ausgleich habe diese unbenutzt gelassen. Statt dessen habe sie wegen angeblichen Boykotts Klage erhoben. Durch eingehende gerichtliche Beweisaufnahme sei in dem schwebenden Rechtsstreit nach Ansicht der heftigen Regierung die Grundlosigkeit der Klage bereits festgestellt, ebenso sei nachgewiesen, daß von den staatlichen Organisationen alles vermieden worden sei, sich in Widerspruch zu setzen. Übrigens habe sich der durchschnittliche Gesamtbezug der Firma Himmelsbach aus heftigen Staatsaufträgen während der Jahre 1915/24 auf rund 8900 Fester mehr als im Jahre belaufen. Wie der heftige Staat dafür verantwortlich gemacht werden könne, daß der Firma Himmelsbach im Verkehr mit Holzabnehmern Waldbesitzer und dergl. Schwierigkeiten geschäftlicher Art erwachsen sind, sei unerfindlich. Die heftige Regierung sehe der bevorstehenden gerichtlichen Entscheidung mit aller Zuversicht entgegen. Den vom Reichsanwalt ausgegangenen Bemühungen zur Beilegung der Ungelegenheit sei die heftige Regierung stets in voller Bereitwilligkeit entgegengekommen und werde dies auch weiterhin tun.

Dr. Brecht preußischer Bevollmächtigter im Reichsrat. Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, den Ministerialdirektor z. D. Dr. Brecht als Ministerialdirektor in den preußischen Staatsdienst zu übernehmen und ihm die Stelle des stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat im Hauptamt zu übertragen. Der Ministerialdirektor, Wirtl. Geheimrat Dr. Sachs wird unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes in den einmündigen Ruhestand versetzt.

Neue Schießvorschriften im besetzten Gebiet. Wie von unterrichteter Mainzer Seite verlautet, beabsichtigt die französische Besatzungsbehörde für die im besetzten Gebiet liegenden Schießplätze demnächst besondere Schießvorschriften herauszugeben, die einen Vorkauf, wie den in Pellingen bei Krier für die Zukunft unmöglich machen sollen. Auch sollen in Zukunft nur Geschosse zur Verwendung kommen, deren Sicherheit vorher einwandfrei festgestellt ist.

Der Abmarsch aus dem Saargebiet beginnt. Aus Saar-Louis sind zwei Schwadronen des dortigen französischen Dragonerregiments abgezogen. Der übrige Teil des Regiments wird in den nächsten Tagen folgen.

Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen. Der Lohnschießspruch im Ruhrbergbau und die Arbeitszeitschiedsprüche für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und die Kaliindustrie sind vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Der Landtag von Thüringen verschob gestern die Abstimmung über die bürgerliche Ministerliste und über die Landtagsaufhebung auf heute Samstag.

Gemeindevahlen im Remelgebiet. Im Remelgebiet haben am Donnerstag die Gemeindevahlen stattgefunden. Die Wahlbeteiligung war geringer als im Jahre 1926. Das Ergebnis der Wahlen in der Stadt Remel zeigt ein Anwachsen der kommunistischen Mandate von sechs auf 10. Ein Rückgang der sozialdemokratischen Sitze von 13 auf fünf. Die linkssozialistische Liste erlangt drei Sitze. Bei den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nationallisten, sind keine Veränderungen ihrer Bestände eingetreten.

Bohott wegen der elksischen Autonomiebewegung. Die autonomistische Strahburger „Vollstimme“ meldet, daß der Direktor der indirekten Steuern, dem auch die Verwaltung des staatlichen Tabakmonopols untersteht, den kleinen Tabakhändlern auf dem Lande, die gleichzeitig Zeitungen verlaufen, mit der Entziehung des Tabakhandels gedroht hat, wenn sie den Vertrieb der „Vollstimme“ nicht einstellen.

Kurze Nachrichten

Die Hundertjahrfeier Bremerhavens. Anlässlich der Hundertjahrfeier der Gründung Bremerhavens fand heute, Samstag, im Bremerhavener Stadttheater unter Beteiligung hervorragender Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens eine Gedenkfeier statt. Nach einer Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Donats, der insbesondere Reichsminister Dr. Stresemann und den amerikanischen Botschafter in Berlin, Schurman bewillkommnete, hielt der Bremische Senator Dr. Welt die große Festrede, in der er einen fesselnden Überblick über das Werden und Wachsen der Stadt Bremerhaven gab. Weiter sprachen noch Botschafter Schurman und Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Rußland und die Weltwirtschaftskonferenz. Rußland wird auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz durch Delegierte vertreten sein. Dazu schreibt die „Iswestija“: Die Teilnahme der Sowjetunion an der Konferenz dürfe nicht als die Möglichkeit irgendwelcher Änderungen des Außenhandelsmonopolsystems ausgelegt werden. Die Sowjetregierung erstrebe die Erlangung von Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten nur, wenn es bei unbedingter Aufrechterhaltung des unverrückbaren Außenhandelsmonopols möglich sei.

Noch keine Stabilisierung in Frankreich. Angesichts der andauernden Börsengerüche von einer bevorstehenden weiteren Aufwertung des Franken erklärte Ministerpräsident Poincaré, daß sich die Regierung „bei dem augenblicklichen Stand der Stabilität begnüge“. Diese Erklärung hat erneute Proteste hervorgerufen. Die Bonität beschuldigt Poincaré, daß er aus wirtschaftlichen Gründen die Stabilisierung möglichst lange hinauszögern wolle. Poincaré wolle die „Unanständigkeit“ seines Ministeriums der nationalen Einigung, die doch nur aus der Furcht vor einer neuen Frankfurterwertung stamme, noch länger aufrecht erhalten. Wenn nämlich einmal die Stabilisierung vollzogen sei, habe das Kabinett Poincaré seinen Daseinszweck verloren.

Entdeckung einer anarchistischen Geheimgesellschaft in Paris. „Petit Parisien“ bringt die sensationelle Nachricht, daß 1500 italienische und spanische Anarchisten, die eine Geheimgesellschaft bildeten, in Paris eine Reihe revolutionärer Attentate vorbereitet hätten. Die Mittel habe sich die Gesellschaft durch Einbrüche, Diebstähle usw. beschafft. Im letzten Jahre habe sie nicht weniger als 3200 Bomben hergestellt lassen, wovon die Polizei ungefähr 600 beschlagnahmt habe.

Ein Opfer der Fleckfieberforschung. Eine Assistentin des Fleckfieberforschers, Privatdozent Dr. Kuczynski, vom Pathologischen Institut der Berliner Charité, der selbst an Fleckfiebererkrankung in Lemberg darniederlag, hatte sich beim Öffnen einer Ampulle, die Dr. Kuczynski von seiner Forschungsreise nach Berlin geschickt hatte, am Finger verletzt. Nach der angeblichen Anfallszeit von 10 Tagen erkrankte sie und ist im Virchow-Krankenhaus unter Erscheinungen des Fleckfiebers gestorben. Der Tod erfolgte in derselben Infektionsabteilung, in der während des Krieges der frühere Leiter, Prof. Jodmann, viele Ärzte und Pfleger ebenfalls ein Opfer des Fleckfiebers geworden sind.

Gelüchter Segelflug um die Zugspitze

Der bekannte Flieger Udet ist am Freitag am Abhang des Schneferntopfes auf der Zugspitze um 10.33 Uhr vormittags mit dem Alpensegler „Münchener Luftkrieger“ gestartet und machte, obwohl der Aufwind fehlte, mehrere prächtige Kurven über dem Startplatz und über dem Absee. Sodann feuerte er in der Richtung Ehrwald-Tiro, wo er nach mehreren Schleifen und einem 25 Minuten dauernden Flug glatt auf einer Wiese landete.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Bereits gestern nachmittag kam es in fast ganz Baden bei ziemlich hohen Temperaturen (Absebene bis 24 Grad) zu Gewittern, die stellenweise in Vereisung von Hagel auftraten. Von neuem einbrechende Polarluft hat über England und Norddeutschland Druckanstieg bewirkt. Die Verbindung des südfrensischen Tiefes mit dem nordeuropäischen Tiefdruckgebiet ist daher wieder unterbrochen, sodaß wir voraussichtlich kühlere Luftzufuhr aus dem englischen Hochdruckteil erhalten werden. Mit dem steigenden Druck sind auch bei uns Aufhellungen zu erwarten; doch deutet die allgemeine Wetterlage auf keine beständig heitere Bitterung. **Wetterausblick für Sonntag:** Etwas kühler, wechselnd bewölkt, mit Aufhellungen. Einzelne leichte Regenschauer nicht ausgeschlossen.

ständnisvolle Sänger zu sichern. So belam die Constanze durch die hohe Kunst Mary von Ernsts eine gesangstechnisch vollendete Wiedergabe, während dem Mondchen von Gise Landt eine menschlich rührende Darstellung zu danken war. Kein stimmlich betrachtet genügte dieser charmannten Opersoubrette Hans Siegfried als Partner (Pedrillo) nicht ganz, dagegen nutzte Robert Bus (Belmonte) die günstige Gelegenheit zu viel lyrischem Stimmenschmelz und wirklicher Vellanto. Dr. Hermann Wucherpfennig wiederum gab darstellerisch einen Osmin von originell erfahreter Komik, ohne in der technischen Spannkraft seines Basses voll für diese unheimlich tiefe Partie auszureichen. Mit ernster Würde (nur in seinen Bewegungen oft etwas zu haltig) sprach Friedrich Prüter den Selim Bassa. Dem beachtenswerten Niveau des Abends konnten indessen derlei kleinere Beanstandungen nichts anhaben, zumal die abgerundete Gesamtleistung auch sehr erfreulich durch wirkungsvolle Bühnenbilder Emil Burthards gestützt wurde. Das Entzünden des gut besuchten Hauses äußerte sich in lebhaftem, von Herzen gependetem Beifall. S. Sch.

Karlsruher Konzerte

Die großen volkstümlichen Veranstaltungen des Winterts haben mit dem sechsten Volks-Sinfoniekonzert ihr Ende gefunden. Während in früheren Jahren fast immer mit schmerzlicher Empfindung festzustellen war, daß diese vornehmlich der musikalischen Erziehung und Bildung der breiten Massen gemieteten Konzerte doch nur zum Teil ihren eigentlichen Zweck erfüllten, darf diesmal der Epilog sehr zuversichtlich lauten und der positive Gewinn recht hoch eingeschätzt werden. Nun bringt freilich nicht jedes Jahr gerade ein Beethoven-Jubiläum, so daß man aus naheliegender Ehrungsabsicht ihm allein das Gesamtprogramm einräumen und bei solch zugkräftigem Anlaß von vornherein auf stärkeren Besuch rechnen konnte. In einer Zeit, die alles mögliche feiert, müßte dies sogar ein Argument gegen veraltete Popularisierungsversuche sein, wäre eben nicht doch der ungemein hohe seelische Wert und Würde nicht aus der tiefen Erbürdung vor dem Geiste Beethovens auch das künstlerische Bedürfnis nach anderem angeregt und somit ein Boden vorbereitet, der für unsre ganze Musikpflege von kultureller Fruchtbarkeit zu werden verspricht. Denn wie man als Vertreter des Neuen durchaus kein Verächter des Alten zu sein braucht, so darf umgekehrt auch einseitig falsche Verehrung des Vergangenen nicht zu einer Verneinung alles Nachge-

kommenen führen; insbesondere die achtungsvolle Erinnerung an Beethoven selbst verbietet eine derartig konervative Einstellung. Möge deshalb auch hier die dem großen Musiker so überreich bezeugte Geshloßtreue nicht zu einem Kampf gegen das Neue verführen, sondern in seinem Sinne künftig nun ein bewußtes Eintreten für das Neue zur Folge haben!

Das letzte Konzert begann mit dem Terzett „Tremate, empj tremate“. Es bleibt trotz seiner hohen Opuszahl unverkennbar ein Jugendwerk und kann auch heute kaum mehr vom Niveau einer Gelegenheitskunst, auf das es die Biographen längst gestellt haben, zu höherer Bedeutung emporgehoben werden. Beethoven hat überdies, in reiferen Jahren alle ähnliche Produktion geistig weit hinter sich gelassen. Auch an der Interpretation fehlte daher vorwiegend die Klarheit des Klangbildes und die beträchtliche technische Ausfülle namentlich in den drei Gesangstimmen, die mit Marie Fanz, Robert Bus und Dr. Hermann Wucherpfennig künstlerisch wie darstellerisch gut charakterisiert waren. Dann ging es in starkem Crescendo zur Kenntnis, die ob ihres großen Formats innerer wieder die Massen begeistert und naturgemäß stets beifallsfreudig stimmt. Trotz Brudner, Mahler oder Strauß ist diese Sinfonie auch heute noch ein Maßstab für den Dirigenten. Mit ihrer Wiederholung hat Generalmusikdirektor Josef Krips abermals bewiesen, daß er seine Pflichten dem unsferbliden Werk gegenüber genau kennt. Mit gewissenhafter Sachlichkeit hielt seine Ausdeutung sich zwischen sentimentalem Gefühlsüberdramatik und pathetischer Schaumschlägerei. Vilellsicht hatte dadurch sein Nachschaffen nicht überall den besonderen Reiz eines Neudarrs — so etwa im Gesangsgefang des Adagio, dessen Wiedergabe sich durch allzugroße Abschattierung einigermaßen verflüchtigte —, aber die Gesamtleistung entsprang doch aus dem Impuls eines so starken Mitfühlers, daß sie in hohem Grade befriedigen mußte. Besonders der zweite Satz mit seiner hochantischen Leidenschaft und seinem im Trio so scharf profilierten Gegenstück gefiel, aber auch das Chorfinale war für jeden Hörer ein Genießen aus dem Vollen. Zu unserem Genug gelang es auf anerkannt hoher Stufe stehenden Soloquartett Mary von Ernst, Robert Bus und Franz Schuster fügte sich dieses Mal als Altistin Magda Siegel (Frankfurt); die früher schon genannten Chorvereinigungen halfen wiederum treu mit am Werk. Kein Wunder also, wenn am Schluß heller Jubel alle Ausführlichen umbrandete und in Sonderheit den jungen Dirigenten oftmals auf das Podium zurückrief. S. Sch.

Badischer Teil

Zur Frage der Ostsiedlung

Wie bereits kurz mitgeteilt, tagte in der Woche nach Ostern unter Führung eines Vertreters des Reichsarbeitsministers eine Konferenz von Ländervertretern, die sich mit der Frage der Ansiedlung von Landwirten im Osten des Reiches beschäftigte. Preußen sowohl wie Mecklenburg sind, so wurde ausgeführt, grundsätzlich bereit, Siedler aus Süddeutschland in ihr Siedlungsgebiet aufzunehmen, und sie bezüglich der Kreditgewährung den einheimischen Siedlern gleichzustellen.

Die Nachfrage nach Siedlerstellen ist außerordentlich groß. Die Anmeldungen auf die bis jetzt in Preußen vorhandenen Siedlungsstellen sind in den in Frage kommenden Provinzen selbst schon 5-bis 6-mal höher, als Stellen vorhanden sind. Unter den Bewerbern befindet sich eine große Zahl kapitalstärkiger Landwirte, die in der Lage sind, sofort größere eigene Mittel in die Siedlung zu stecken. Da jede Siedlung nicht nur vom nationalen, sondern auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus zu betrachten ist, liegt es auf der Hand, daß die Bewerber mit eigenem größeren Kapital von den Siedlungsstellen vorzuziehen sind. Es besteht bei letzteren aus nachfolgenden Gründen die Tendenz, Bewerber aus der eigenen Provinz zunächst zu berücksichtigen. Im Hinblick auf das Überangebot von einheimischen Siedlern, rückt die Behandlung der Frage der Ansiedlung von süddeutschen Bauern in Ostpreußen nur langsam vorwärts. Stellenweise sind auch die Grundstückspreise als Folge der in der Presse betriebenen Propaganda für die Ostsiedlung so stark in die Höhe geschossen, daß bereits die Wirtschaftlichkeit der Siedlungsstellen in Frage gestellt ist. Der Ankauf von Gütern durch die Siedlungsstellen erfolgt deswegen auch nur zögernd und es ist sinnlos, die Presse fortwährend mit Artikeln über die Notwendigkeit der Ansiedlung von Bauern in Ostpreußen zu bombardieren.

Auf der Heidelberger Konferenz der Ländervertreter kam schließlich eine Verständigung dahin zustande, daß neben den 6000 RM., die durch das Land, von welchem der Siedler stammt, als Zuschuß zu übernehmen sind, das Reich die Kosten für die Abgeltung der öffentlichen Lasten, welche auf 1500 bis 2000 RM. geschätzt sind, tragen soll. Wie die Länder die Mittel für diesen Zweck aufbringen wollen, etwa wie Preußen, wo die Hauszinssteuer dazu herangezogen wird, oder durch Staatsmittel, darüber haben die zuständigen Organe zu entscheiden. Neben dieser zu klärenden Frage wollen die Siedlungsstellen Preußen, Mecklenburg usw. die Vorbereitungen für eine verstärkte Siedlung derart fördern, daß für das Jahr 1928 auf diesem Gebiet mehr als bisher geschehen kann. Für die aller nächste Zeit werden, wie man hört, das badische Ministerium des Innern und die Landwirtschaftskammer eine Besichtigungsreise nach den Siedlungsgebieten organisieren, um die Frage zu prüfen, wie sich eine geschlossene Siedlung badischer Kleinbauern bewerkstelligen läßt.

Zur Rheinbrückenfrage

Dr. Ludwigshafen, 29. April. Zur Rheinbrückenfrage verweist Präsident Gapp der Reichsbahndirektion Ludwigshafen dieser Tage bei einer Besprechung darauf, daß zunächst alles von der Kostenfrage abhängt. Die Reichsbahndirektion sei mit der Bearbeitung der Entwürfe für die drei Brücken im Benehmen mit den sonst noch beteiligten Kreisen beschäftigt. In die Bauausführung könne aber erst eingetreten werden, wenn die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen. Er hoffe, daß im nächsten Jahre die erste Bauurteile gewährt wird.

Mittelbadischer Milchkontrollverein

Zu der am 27. April in Karlsruhe stattgehabten Hauptversammlung des Mittelbad. Milchkontrollvereins unter dem Vorsitz von Landwirtschaftsrat Busch, Kaffatt waren aus allen Teilen Badens zahlreiche Mitglieder und Interessenten erschienen, ferner als Vertreter des Innenministeriums Oberregierungsrat Neu, von der Bad. Landw. Hauptgenossenschaft Präsident Reibel, vom Bad. Volkereiverband Dipl. Landwirt Wehmer, vom Bad. Landbund Direktor Müller, vom Bad. Landw. Verein Präsident Wachs, von der Bad. Landwirtschaftskammer der geschäftsführende Direktor Dr. von Engelberg usw. Außerdem waren noch eine große Anzahl Vertreter sonstiger Verbände, zahlreiche Bezirks- und Privatierärzte, Landesökonomieräte u. einige Landräte zugegen.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß im Geschäftsjahr 26/27 eine durchaus erfreuliche Weiterentwicklung des Mittelbad. Kontrollvereins durch Werbung neuer Mitglieder und Vergrößerung der Zahl der kontrollierten Rührer zu verzeichnen war. Er wies insbesondere auf die Notwendigkeit der Weiterausbildung geeigneter Kontrollassistenten und einer sicheren sozialen Stellung derselben im Interesse der geordneten Führung der Geschäfte hin. Der Jahresbericht ergab, daß der Verein seine ganze Tätigkeit durch Aufbringung eigener Mittel unter Zugrundelegung eines Jahresbeitrages v. 7 RM. pro Kuh ausführen konnte. Den Tätigkeitsbericht erstattete Tierzuchtinspektor Guthmann, Karlsruhe. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden, Landwirtschaftsrat Busch, Kaffatt und des stellvertr. Vorsitzenden, Präsident Wachs, Winklerhof.

Im Anschluß an die Hauptversammlung erstattete der Präsident der Bad. Landw.-Kammer, Dr. Graf Douglas, Schloß Langenstein, einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema „Wichtige Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Milchviehzucht“. Die Ausführungen gipfelten in dem Satz, daß die Rentabilität des Kuhstalles die wichtigste Forderung bei uns sein müsse. An der Diskussion beteiligten sich Präsident Wachs, Winklerhof, Dr. Schaller, Augustenberg, Bezirksleiter Dr. Gerspach, Karlsruhe, Bezirksleiter Dr. Hall, Bretten, Tierzuchtdirektor Dr. Biehauer, Karlsruhe und v. Wogau, Lillienhof.

Gründung eines Verkehrsverbandes Obere Kinzig. Auf Einladung des Verkehrsvereins Schramberg beschloß eine in Schiltach abgehaltene Versammlung von Vertretern der Gemeinden Schramberg, Wolfach, Schiltach, Mirtsbach, Lauterbach usw., einen Verkehrsverband Obere Kinzig ins Leben zu rufen. Die Befürworter dieses Gedankens brachten zum Ausdruck, daß in dem Gebiete von Hausach bis Freudenstadt mit Abzweigung nach Schramberg noch genügend Raum für Verkehrsverbände vorhanden sei. Die Gründungsversammlung soll am 11. Mai in Schramberg stattfinden.

Gemeinde-Rundschau

Das Schweginger Spargelfest wird in diesem Jahr am 11. und 12. Juni stattfinden. Das Fest wird mit sportlichen Wettkämpfen am Samstag eingeleitet. Im Mittelpunkt der Sonntagsveranstaltung steht ein großer Festzug. Der historische Teil wird Bilder aus der Glangzeit Schwabens bringen. Der zweite Teil des Festzuges ist dem Spargelbau gewidmet. Auf Festwagen werden der Spargelbau, die Spargelkerne, Spargelmarkt, Spargelkonservierung und Spargelessen dargestellt. Im letzten Wagen soll der Pfälzer Humor zur Geltung kommen.

Rehl und die Pflze für das besetzte Gebiet. Da verläutet, daß aus dem Reich für die besetzten Gebiete ausgeworfene Gelder Rehl und der Bezirk nur mit einer sehr geringen Summe, bedacht werden sollen, hat eine Versammlung von Vertretern verschiedener Interessengruppen folgenden Antrag an die Stadtverwaltung beschlossen: „Eine Versammlung aus den verschiedensten Zweigen der Wirtschaft bittet die Stadtverwaltung, zwecks Stellungnahme zu der Verteilung der vom Reich für die besetzten Gebiete vorgesehenen Summe in unklarer Weise eine Versammlung der Vertreter aller Wirtschaftskreise der Stadt Rehl und des besetzten Gebietes einberufen zu wollen. Zu dieser Besprechung bitten wir, einen für diese Fragen zuständigen Vertreter des badischen Ministeriums einzuladen.“

Die Kreisversammlung Singen hat unter den kürzlich bewilligten Ausgaben für die Instandsetzung der Straße von Singen nach Engen einen Gesamtaufwand von über 200 000 RM. bewilligt. Zwischen Ansfingen und Mühshausen soll die Straße etwas verlegt werden, da die dortige Straße dem Verkehr nicht mehr genügt. Auch die Straße Singen-Gottmadingen soll im wesentlichen Umfange verbessert werden, nachdem dieses Projekt bereits einmal von der Kreisversammlung abgelehnt worden war. Die Stadt Singen verlangt aber die Ausführung der Arbeiten als Notstandsarbeit, was auch erreicht wurde, so daß der Kreis für diese Arbeiten nur 8 000 RM. zuzuschießen hat.

Der Bürgerausschuß Lörach hat verschiedene ihm unterbreitete Vorschläge genehmigt. Der wichtigste Beschluß betrifft die Schaffung einer Kraftwagenverbindung mit Dautingen und Nümmingen, zu welchem Zwecke eine G. m. b. H. der Stadt mit zwei Garagenbesitzern gegründet wird, in der jedoch die Stadt die Majorität der Anteile besitzt und ab 1. Januar 1929 das Recht hat, die übrigen Anteile zu erwerben. Das Projekt bedarf noch der Genehmigung der Reichsbahngesellschaft, die bekanntlich auf nach ihrer Ansicht konvergierenden Autobahnverbindungen ein Einspruchsrecht besitzt. Weiter wurden die Planbearbeitung und die Bauleitung für das neue Volksschulhaus in Steiten den beiden preistragenden Architekten zum festen Honorar von 15 000 RM. übergeben. Der Schulhausneubau soll mit großer Beschleunigung durchgeführt werden, um der Schultraumot, die sich bei dem auf Ostern nächsten Jahres vorgesehenen völligen Ausbau der oberen Realschule noch verschärfen dürfte, abzuwehren.

Aus der Landeshauptstadt

Eröffnung der Ausstellung „Für alle Leute“
Heute, Samstag, den 11. April, wurde die Ausstellung „Für alle Leute“ in der städtischen Ausstellungshalle eröffnet. Dazu hatten sich im Saal der Modenschau eine ansehnliche Schar von Mitgliedern des Hausfrauenbundes und andere Interessenten eingefunden. Unter den Gästen bemerkte man u. a. Oberbürgermeister Dr. Hinter, die Gattin des Staatspräsidenten Trunt und die Gattin des Oberbürgermeisters.

Die Vorsitzende des Hausfrauenbundes, Klinge, wies auf die Neuerungen und Fortschritte auf dem Gebiet der Wohnungskultur hin und zeigte, wie vieles geschehen sei, um die Arbeit der Hausfrau zu erleichtern und zu verringern. „Durch fand sie Zeit, sich auch für andere Fragen, auch solche öffentlicher Art, mehr als bisher zu interessieren. Die Rednerin hob die Verdienste des Oberbauinspektors Müller hervor, der sich als Ausstellungsorganisator hier wiederum einen Namen gemacht habe.“

Dann nahm Oberbürgermeister Dr. Hinter das Wort, um in launigen Ausführungen das Glück eines behaglichen Familienlebens zu zeichnen. Er erklärte dann die Ausstellung für eröffnet.

An den Eröffnungsakt schloß sich ein Rundgang durch die sehr sehenswerten Ausstellungsräume. Besonders Interesse wird unter dem vielen hier Gezeigten die Abteilung „Der gedante Tisch“ finden.

Eine Streitfrage wegen der Arbeitszeitverordnung. Seinerzeit hatten 25 Pforzheimer Friseurmeister je einen Strafbescheid über 5 M. erhalten, weil sie nach Ablauf des Tarifvertrages Gehilfen über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt hatten. Das Amtsgericht Pforzheim hatte den hiergegen erhobenen Einspruch abgewiesen, die Karlsruhe Strafkammer dagegen auf Berufung ein freisprechendes Urteil gefällt. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft Revision angemeldet und das Oberlandesgericht verwies unter Aufhebung des Strafkammerurteils die Sache an die Vorinstanz zurück, die jetzt das Pforzheimer Urteil bestätigt hat.

Badisches Landestheater. Das Gastspiel Max Ballenberg, des genialen Charakterkomikers, der mit eigenem Ensemble am Mittwoch, den 4. Mai, als „Jawabie“ in Gustav Kadelburgs Lustspiel „Familie Schmetz“ zum ersten Mal auch auf unserer Bühne erscheint, dürfte zunächst die Hauptanziehungskraft auf unser Publikum ausüben. — Am Freitag, den 6. Mai, folgt die dritte Aufführung von Hebbels neuentdeckter Tragödie „Judith“. — Sodann reicherfertig die am Samstag, den 7. Mai, stattfindende Eröffnung der „lieblosen Komödie“ von Ben Jonson. — In der freien Nachdichtung und Bearbeitung Stefan Zweigs, daß ihr das regie Interesse entgegengebracht wird, hat das Stück sich doch bisher überall, wo sein dars. satirischer, dem Wesen der alten commedia dell'arte nach verwandter Humor in stilgemäßer Darstellung sich hemmungslos auswirken konnte, als einer der stärksten, wenn nicht als der stärkste Erfolg dieses Theaterjahres erwiesen. — Im Konzertsaal wird am Sonntag, den 8. Mai, das Lustspiel „Dover-Calais“ wiederholt.

X. Sinfoniekonzert. Bruckners sechste Sinfonie in A-Dur, seit ihrer Eröffnung im Jahre 1920 hier nicht mehr gehört, ist das orchestrale Hauptwerk des X. Sinfoniekonzertes, mit dem am kommenden Montag, 2. Mai, das Landestheater-Orchester seine dieswintliche Konzertsaalbesetzung. Das folgende Doppelkonzert (für 2 Violinen) in D-Moll von Bach ist hier ebenfalls jahrelang nicht mehr gespielt worden, man wird es deshalb umso lebhafter begrüßen, daß die beiden Konzertmeister Ottomar Roigt und Hans Asfentel das prächtige Werk wieder einmal zu Gehör bringen. In Webers „Freischütz“ Ouvertüre findet der unter der Leitung von Generalmusikdirektor Josef Krups stehende Abend seinen jubelnden Ausklang.

Bad. Konservatorium für Musik. Am Mittwoch, dem 11. Mai, gibt Josef Schell, Lehrer der Klavier-Ausbildungsklassen am Bad. Konservatorium, im Bürgeraal des Rathauses einen Klavierabend mit Werken von Brahms, Chopin und Liszt.

Das Konzert des Feischer-Quartetts Wiesbaden mußte mit Rücksicht auf das Ballenberg-Gastspiel des Bad. Landes-theaters und das auf den 4. Mai verlegte Konzert des Karlsruher Liederverbands und des Instrumentalvereins am Dienstag den 3. Mai verlegt werden und findet nun im Bürgeraal des Rathauses statt. Bereits gelöste Karten werden im Sekretariat des Bad. Konservatoriums, Sofienstr. 43, umgetauscht.

RESIDENZ - LICHTSPIELE

Waldstraße Telephon 5111
EINE DUBARRY VON HEUTE

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Rehl, 29. April. Heute vormittag stattete der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee, General Guillaumat, der hiesigen Garnison einen Besuch ab. Die Truppen waren am Bahnhofspalast aufgestellt. Es folgte der übliche Paradeumzug nach dem Oberkommandierenden in Begleitung des Bräudtopfkommandanten, General v. Senaff, die Front abgeschritten hatte. Die Straßen waren durch deutsche und französische Gendarmen abgesperrt.

Dr. Rehl, 29. April. Wie die Mittelbadischen Eisenbahnen bekanntgeben, werden mit Wirkung vom 1. Mai ab die Preise der gewöhnlichen Fahrkarten für sämtliche Stationsverbindungen bis zu 6 km Entfernung um 5 Pfg. ermäßigt. Damit ermäßigen sich entsprechend auch die Preise der allgemeinen Monatszeitkarten und Schülermonatskarten für die genannten Stationsverbindungen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	30. April		28. April	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.69	169.09	168.60	169.02
Kopenhagen 100 Kr.	112.48	112.76	112.42	112.70
Nialen . . . 100 S.	22.345	23.405	22.43	22.49
London . . . 1 Pf.	20.470	20.522	20.461	20.513
Newport . . . 1 D.	4.145	4.245	4.213	4.223
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.50	16.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.055	81.255	81.02	81.22
Wien 100 Schilling	59.34	59.48	59.31	59.45
Prag . . . Kr. 100	12.477	12.517	12.474	12.578

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Auf Grund der WVO. vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege (RGL. S. 143) und der badischen Volksw. hierzu vom 24. Februar 1917 (GVL. S. 49) wird dem Südbadischen Fußballbund — Verbandsausschuß Worms — die Erlaubnis erteilt, im Lante Baden am Sonntag, den 26. Juni 1927 anlässlich des an diesem Tage stattfindenden Jugendspielstages zwecks Errichtung von Jugendheimen ausschließlich auf den Sportplätzen eine Sammlung durchzuführen.

Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dürfen als Sammler nicht verwendet werden.
Karlsruhe, den 27. April 1927.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Dem Gemeinderat Amlingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Fohlenmarkt-Loiterie erteilt.
Karlsruhe, den 28. April 1927.
Der Minister des Innern
Remmelt

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Zugelassen:

Der frühere Rechtsanwalt Dr. Paul Bauer beim Amtsgericht Baden und Landgericht Karlsruhe und der frühere Regierungsrat Dr. Hermann Müller als Rechtsanwalt beim Landgericht Heidelberg.

Verlegt:

Justizobersekretär Otto Gassenhuf beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Kaffatt, Kanzleiaffizient Alfred Schmitt beim Oberlandesgericht zum Amtsgericht Karlsruhe, Oberaufseher Wilhelm Jäger beim Bezirksgefängnis Triberg zum Landesgefängnis Freiburg.

Zurufsetzungen auf Ansuchen:

Gerichtsverwalter Reinhard Wolpert beim Amtsgericht Pforzheim bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.



Badisches Landestheater

Sonntag, den 1. Mai 1927

*E 25 Th.-Gem. I. S.-Gr.

Lohengrin

von R. Wagner

Musikalische Leitung:

Dr. Heinz Knoll

In Szene gesetzt von D. Krauß.

Heinrich der Vogler Lander

Lohengrin Rentwig

Elza Fanz

Gottfried Frohmann-

Telemannd Schwauffer

Ortrud Barth

Heerrufer Stad

Kitter Löfer

Eidelnaben Siegfried

Rainbach

Gröbinger

Meier

Seibertlich

Günagel

Kobele

Herrnsdorff

Anfang 6

Ende nach 10

I. Speeritz R. 8.—

Dienstag, den 3. Mai 1927

Vollsbühne 8

Das Grab

des unbekanntem Soldaten

von Paul Reynal

In Szene gef. v. F. Waumbach

Ein Soldat Dahlen

Der Vater v. d. Trend

Aude Fein

Anfang 7 1/2

Ende nach 9 1/2

I. Speeritz R. 5.—

Der 4. Rang ist für den

allgemeinen Verkauf

freigegeben

Im Städt. Konzerthaus

*Sonntag, 1. Mai 1927

Kreuzfeuer

von Rudolf Prescher und

Leo Balthar Stein

In Szene gesetzt von

Dr. Gerhard Storz

Dr. Hoppe Höder

Elise Frauendorfer

Willi Leitgeb

Fritz Kloeble

Rabel Clement

Walli Krost

von Lindner v. d. Trend

Sophie Genter

Joseph Rehner

Anfang 7 1/2

Ende 9 1/2

I. Bartelt 4.20 R.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Montag, den 2. Mai 1927
Th.-Gem. 2. S. Gr. und 701-1000
10. (letztes) Sinfonie-Konzert
des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Josef Krups
Solisten: Ottomar Voigt, Hans Dörsenkiel
Doppelkonzert in d-moll für zwei Violinen mit
Begleitung des Orchesters op. 26 J. S. Bach
2. Reine Sinfonie Anton Bruckner
Anfang 8 Uhr Ende 9 1/2 Uhr
I. Sperrfisch 4 M.

Eintrachtsaal

Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 Uhr

Peischer-Quartett

Wiesbaden

Mozart, Streichquartett Es-Dur
Beethoven, Streichquartett f-moll
Hindemith, Streichquartett f-moll

Karten zu 1.—, 2.—, 3.—, 4.— Mark bei
Fritz Müller, Fr. Doort, Franz Tafel, Sekretariat
des Badischen Konservatoriums und an der
Abendkasse 337

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe

Sommer-Semester Karlsruhe

- Erbrecht.** Senatspräsident Dr. Levis. Donnerstag, 8 Uhr. Beginn 5. Mai.
 - Fragen der Weltwirtschaft.** Prof. Dr. Bauer. Freitag, 8 Uhr. Beginn 6. Mai.
 - Rechnungswesen.** Professor Dr. Reichmüller. Montag, 8 Uhr. Beginn 2. Mai.
 - Rechnungslehre.** Professor Dr. Wulzinger. Dienstag, 8 Uhr. Beginn 3. Mai.
- Bezugsgebühr für einen Kurs: Für alle Kurse: 8 M.
Kaufmännische Angestellte 3 M. 8 M.
Andere Hörer 5 M. 14 M.
- Anmeldungen bei: A. Bielefeld's Hofbuchhandlung,
E. Kundi, Müller & Geiß, J. Lind's Buchhandlung,
Weststadtbuchhandlung Ernst Rüterath, Buchhandlung
zur Hauptpost.
- Karlsruhe, April 1927. G. 340
Das Kuratorium.

Teppiche

Läufer, Brücken

Gute deutsche Qualitätsware. Anschaffung
möglichst für
JEDERMANN
zahlbar in
9 Monatsraten ohne Anzahlung!
Auch echte Perser zu günstigen Zahlungs-
bedingungen

Erbitten Sie unverbindlichen Vertreterbesuch.
Diskrete Abwicklung! Gefl. Anfragen erbeten
unter G. 344 an die Expedition der Karlsruher
Zeitung.

Jagd-Versteigerungen.

Wir machen die Herren Bürgermeister darauf auf-
merksam, daß die meisten süddeutschen Jäger in Stadt
und Land (auch viele Fischer) den „Deutschen Jäger“
München (erscheint wöchentlich am Donnerstag) lesen.
Jagd- und Fischereiverpachtungs-Anzeigen sind in dieser
Zeitschrift sehr erfolgreich. „Der Deutsche Jäger“ ist
u. a. offizielles Organ des Badischen Bundes Deutscher
Jäger und seiner Ortsgruppen, deren Mitglieder bei 160
durchwegs Bezüge sind.

Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger“
München, Brienerstraße 9.

Bekanntmachung.

Flugtag in Karlsruhe am
1. Mai 1927.

Anlässlich der am 1. Mai 1927 auf dem Flugplatz
hier stattfindenden Flugveranstaltungen werden hier-
mit die den Flugplatz begrenzenden Wege und Wald-
ränder für die Dauer der Veranstaltungen am ge-
nannten Tag ab 1 Uhr nachmittags für sämtlichen
Verkehr gesperrt. Der Parkplatz für alle Kraftfahr-
zeuge befindet sich im Hofe der ehemaligen Telegraphen-
station. G. 449

Nach Schluß der Veranstaltungen wird die Moltke-
straße von der Hardtstraße bis zur Mülcherstraße bis
zum Abflauen des Fußgängerverkehrs für Kraftfahr-
zeuge und Radfahrer gesperrt.

Abfahrt hat über Hardtstraße—Kanonierstraße—
Stöckerstraße zu erfolgen.

Den Befehlen der Polizeibeamten und des Forst-
schutzpersonals ist unbedingt Folge zu leisten.

Zu widerhandlungen werden gemäß §§ 108, 121
P. Str. G. B. und § 29 Forststrafges. B. an Geld oder
mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. G. 3. 57

Bezirksamt — Polizeidirektion und Forstamt Karlsruhe-Hardt
als Stabshalteramt der abgeordneten Gemarkung Hardtwald.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

7. 683

Drud G. Braun, Karlsruhe

Ausstellung

mit Modenschau und Sonderausstellung:
„Der gedeckte Sammlertisch“
„Für alle Leute“

Stadt. Ausstellungshalle Karlsruhe
vom 30. April bis 9. Mai 1927.
Geöffnet von 10-9 Uhr. Eintrittspreise: 50 Pfg. für
Erwachsene, 30 Pfg. für Schüler und Kinder.
Jeder Besucher erhält ein Geschenk.

- ### Vorträge in der Ausstellungshalle.
- Samstag, 30. April, 4 Uhr: Frl. Reitzen, München: „Das
Gas in Küche und Haus“. 8 Uhr: Frl. Reitzen,
München: „Die praktische Gasverwendung“.
- Sonntag, 1. Mai, 4 Uhr: Gasvortrag: Frau Goffe geb.
Gräfin von Geldern. 8 Uhr: Frl. Reitzen, München:
„Wie spare ich Gas“.
- Montag, 2. Mai, 4 Uhr: Frl. Reitzen, München: „Das
Gas im Haushalt, Gewerbe und Industrie“. 6 Uhr:
Homannwerke, Bohnwinkel: „Die praktische Gasver-
wendung“. 8 Uhr: Junfer & Ruhwerke, Karlsruhe:
„Kochen, Baden und Heizen“.
- Dienstag, 3. Mai, 4 Uhr: Stadt. Gas-, Wasser- und
Elektrizitätsamt Karlsruhe: „Die Elektrizität im
Haushalt“. 6 Uhr: Homannwerke, Bohnwinkel: „Das
Gas im Haushalt“. 8 Uhr: Stadt. Gas-, Wasser- und
Elektrizitätsamt Karlsruhe: „Die Elektrizität
im Haushalt“.
- Mittwoch, 4. Mai, 4 Uhr: Frau Emma Kromer, Mann-
heim, Mitglied des RWV, erste Vorsitzende des Landes-
verbandes Baden des Reichsverbandes Deutscher
Hausfrauenvereine: „Die Nationalisierung des Haus-
halts“. 6 Uhr: Junfer & Ruhwerke, Karlsruhe:
„Die Verwendung des Gases im Haushalt“. 8 Uhr:
Frau Emma Kromer, Mannheim: „Wohnungsbau
und Hausfrau“.
- Donnerstag, 5. Mai, 4 Uhr: Junfer & Ruhwerke, Karls-
ruhe: „Das Gas im Haushalt“. 6 Uhr: Frau Frieda
Hödt, Hildesheim: „Praktische Gasverwendung“.
- Freitag, 6. Mai, 4 Uhr: Modenschau. 8 Uhr: Modenschau.
- Sonntag, 7. Mai, 4 Uhr: Modenschau. 8 Uhr: Modenschau.
- Sonntag, 8. Mai, 4 Uhr: Modenschau. 8 Uhr: Modenschau.
- Montag, 9. Mai, 4 Uhr: Gasvortrag. 6 Uhr: Gasvor-
trag. 8 Uhr: Gasvortrag.
- Sämtliche Gasvorträge finden mit praktischen Vor-
führungen und mit Verteilung von Kostproben statt.

Gelbthilfe bad. Kriegsblinder e. V.

Einladung.

Gemäß § 6 unserer Satzungen lade ich hiermit die
Mitglieder der Gelbthilfe bad. Kriegsblinder e. V. zu
der am **Sonntag, den 15. Mai d. J., vormittags
10 Uhr**, im Gartenlokal des Restaurant **Moninger**
in **Karlsruhe** stattfindenden

Generalversammlung

mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen ergebenst ein.
Schriftliche Einladungen ergehen nicht.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht für das Jahr
1926. 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Entlastung
des Vorstandes und Kassierers. 4. Wahlen. 5. Wünsche
und Anträge. G. 351

Karlsruhe, den 29. April 1927.

Der Vorsitzende:
Löhle.

Einladung

zur Landesversammlung des Badischen Krüppelfürsorgevereins

auf **Samstag, 7. Mai 1927**, nachmittags 3 1/2 Uhr
in der Orthopädischen Klinik, **Heidelberg-Schlierbach**.

- ### Tagesordnung:
- Jahresbericht.
 - Praktische Krüppelfürsorge, Referent: Herr Landrat
Wenz, Bittlingen.
 - Kassenbericht.
 - Bericht über die Arbeit.
 - Plan zur Errichtung eines Lehrlingsheimes, Propa-
ganda, Sammlung, Ortsgruppen.
 - Vortrag: Nichtoperative Behandlung von Bewegungs-
störungen. Vortragender: Herr Prof. Dr. von Waeger.
 - Führung durch die Klinik.
- Vormittags 10 1/2 Uhr findet eine Führung durch das
Landeskrüppelheim, Rohrbacherstr. 14 statt.
G. 348. Der Vorstand.

44. Münchener Pferde-Lotterie.

Auf die im badischen Staatsgebiet zugelassenen
und abgekauften Lose sind nach der am 26. April 1927
vorgenommenen amtlichen Ziehung folgende Treffer
entfallen:

Los Nr. 45 395 gewinnt 1 Zugpferd i. B. von
RM. 1 600.—; die Lose Nr. 45 311, 45 362, 79 271,
82 615, 82 683 und 100 433 gewinnen je RM. 10.—.

Ferner gewinnen folgende 23 Endnummern in
sämtlichen Tausenden je RM. 3.— bar: 031, 037,
057, 126, 192, 199, 240, 262, 284, 313, 365, 437, 485,
516, 544, 545, 613, 671, 672, 691, 723, 865, 994.

Ferner gewinnen RM. 3.—: 9 438, 15 673, 84 200,
86 673, 100 995 und 113 241.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt bis einschl.
25. Juli 1927 durch alle Verkaufsstellen. G. 349

N. 447. Karlsruhe. Durch
Ausschlussurteil vom 22. 4. 27
wurden 1.) RM. 20 000.— 4%),
Anleihen der Bad. Staats-
schuldenverwaltung v. 1919
2/10,000.— Lit. A Nr. 1401/2,

Deutscher Muttertag

Sonntag, den 8. Mai 1927, nachmittags 4 Uhr
im großen Festhalle-Saal

Öffentlicher Festakt.

Festrede: **Anton Hendrich**

Mitwirkende: Polizeikapelle — Tanzschule Mertens-Leger — Hof-
schauspieler a. D. August Heinrich — Singschule des Badischen
Konservatoriums — Arbeiterjugend.

Die Einwohnerschaft unserer Stadt wird zum Besuch dieser Feier
hiermit herzlich eingeladen.

Eintritt frei. G. 354

Kriegsbeschädigte können bis zum Freitag, den 6. Mai Karten für
vorbehaltenen Platz beim Stadt. Fürsorgeamt K, Zirkel 42, erhalten.

Soeben erscheint im **Badischen Kommunalverlag**, Karlsruhe:

Berufsbeamtentum

oder freie Angestelltenschaft?

Denkchrift über die Anstellungsverhältnisse der im badischen
Gemeindedienst beschäftigten Personen

Von Verbandsdirektor **Alfred Weiler**, Karlsruhe



Preis der 43 Seiten starken Broschüre 70 Pfg., beim Bezug von
10 Stück an je 60 Pfg., von 50 Stück an je 50 Pfg.
Die Orts-, Bezirks- und Fachgruppen werden ersucht, Sammel-
bestellungen alsbald an die

**Büchervertriebsstelle des Badischen Kommunalverlags, Karls-
ruhe, Karlsruherstraße 14**, zu richten.

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 **Karlsruhe i. B.** Hirschstr. 40
Gegründet 1878

Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau

Asphaltierungen

Neuzeitlicher Straßenbau

Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Bürgermeister-Stelle.

In der Gemeinde Bad Dürckheim (Höhenluftkurort
und Solbad) ist die Stelle des

Bürgermeisters

neu zu besetzen.

Mit der Stelle ist die Leitung des Kurbetriebes ver-
bunden. Geeignete Bewerber wollen sich unter Gehalts-
angabe nebst ausführlichem Lebenslauf und Zeugnissen
bis **15. Mai d. J.** beim Gemeinderat melden.

Bad Dürckheim (bad. Schw.), den 28. April 1927.
Der Gemeinderat. 347

Wasserwerk

Ankündigung.

Die Gemeinde Ankündigung
berzigt die Herstellung von
rund 9000 m Hauptrohr-
leitung und 6000 m Haus-
zuleitungen. Angebote, die
verschlossen und mit der
Aufschrift „Wasserleitung“
versehen sein müssen, sind
spätestens am **Mittwoch,
den 11. Mai 1927, vormittags
9 Uhr**, auf dem Rathaus
Ankündigung einzureichen.
Die Angebotsunterlagen
können gegen Erstattung
der Kosten von 2 M. vom
Bürgermeisteramt An-
kündigung bezogen werden, wo
auch der Plan und die Be-
dingungen zur Einsicht auf-
liegen. A. 452.

Bad. Kulturamt Karlsruhe.

Korbmöbel

„Mercedes“ ab
Fabrik an jedem
Günstigen Preise,
bequem, haltbar,
Viel. Sie Katalog.
Korbmöbelwerk „Mercedes“
Lorch (Wurttemberg)

Ein Haus,

zweistöckig, an einer der
verkehrsreichsten Landstra-
ßen der Vorderpfalz ge-
legen, mit großem Terrain,
circa 55 Morgen Wald, Feld
und Wiesen, geeignet für
Industrie, evtl. Tierzucht,
wegen anderweitigem Un-
ternehmen billig abzugeben.
Preis 4 200 000.— Angebote
unter G. 346 an die Exp.
dieses Blatt es.

Ein Haus,

zweistöckig, an einer der
verkehrsreichsten Landstra-
ßen der Vorderpfalz ge-
legen, mit großem Terrain,
circa 55 Morgen Wald, Feld
und Wiesen, geeignet für
Industrie, evtl. Tierzucht,
wegen anderweitigem Un-
ternehmen billig abzugeben.
Preis 4 200 000.— Angebote
unter G. 346 an die Exp.
dieses Blatt es.

N. 448. Karlsruhe. Aber
das Vermögen der Firma
Schmidt & Schenk, offene
Handelsgesellschaft. In-

haber Heinrich Schmidt und
Hermann Schenk, Tabak-
fabrikate in Karlsruhe,
Kaiserstraße 93, wurde heute
vormittags 11 Uhr Konkurs
eröffnet. Konkursverwalter
ist Rechtsanwalt Dr. Baer-
ther in Karlsruhe, Kaiser-
straße 231. Konkursforde-
rungen sind bis zum 2. Juni
1927 beim Gericht anzu-
melden. Termin zur Wahl
eines Verwalters, eines
Gläubigerausschusses, zur
Entscheidung über die in
§ 132 der Konkursordnung
bezeichneten Gegenstände ist
am **Mittwoch, 25. Mai 1927,
vormittags 8 1/2 Uhr**, und zur
Prüfung der angemeldeten
Forderungen am **Mittwoch,
den 15. Juni 1927, vormittags
8 1/2 Uhr**, vor dem Amts-
gericht, Akademiestr. 8, II. Stf.,
Zimmer 142. Wer Gegen-
stände der Konkursmasse
besitzt oder zur Masse etwas
schuldet, darf nichts mehr
an die Gemeinschuldnerin
leisten. Der Besitz der Sache
und ein Anspruch auf ab-
geforderte Befriedigung da-
raus ist dem Konkursver-

Schönau i. B., 26. 4. 1927.
Bad. Amtsgericht.